

Lob für Beamten-Abschluss

Aber Kritik, dass Bedienstete weiterhin pragmatisiert werden

Ist-Löhne
Glasindu
↑
Grafik: © A

Gehaltsabschlüsse '03

Steigerung der Ist-/KV-Löhne bzw. Gehälter

	Beschäftigte
Elektroindustrie	53.000
Ist-Löhne	2,5 %
Metaller	180.000
Ist-Löhne	2,1 %
Papierindustrie	10.000
Ist-Löhne	2,1 %
Handel	450.000
KV-Löhne	1,9 %
Nahrungsmittel	4.000
Ist-Löhne	1,85 %
Öffentlicher Dienst	502.000
Gehälter	1,85 %
Stein/Keramik	5.800
Ist-Löhne	1,8 %
Glasindustrie	2.000
Ist-Löhne	1,7 %
↑	1,0 % Inflation 2003

Quellen: APA, GPA/WIFO DER STANDARD

Wien – Experten aus Wirtschaft und Sozialrecht halten den überraschend schnellen Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst für in Ordnung. Im Verhältnis zur Privatwirtschaft sei die Erhöhung um 1,85 Prozent angemessen, sagte etwa der Leiter des Instituts für Höhere Studien, Bernhard Felderer.

Wifo-Sozialexperte Alois Guger verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass bei den Beamten in Sachen Gehaltsabschluss ein „Nachholbedarf“ da gewesen sei, der sich seit Mitte der Neunzigerjahre aufgebaut hat. Auch Pensionsfachmann Bernd Marin bezeichnete das Ergebnis der Verhandlungen gegenüber der APA als „okay“.

Marin hält nichts davon, wenn man den Beamten auf dem Gehaltsniveau Kaufkraft wegnimmt. Hier sollte der öffentliche Dienst im Gleichschritt mit der Privatwirtschaft vorgehen. Alles andere wäre der „falsche Weg“.

Wo man aus seiner Sicht ansetzen sollte, sind die Pensionsprivilegien – vor allem

bei den Landesbeamten, dort liege das wahre Problem. Die Gewerkschaftsvertreter jubelten am Mittwoch über den Abschluss, Finanzminister Karl-Heinz Grasser nannte die 175 Millionen Euro Zusatzkosten für „fiskalisch vertretbar“.

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures hat am Mittwoch der Bundesregierung eine „höchst dubiose Pragmatisierungsoffensive“ vorgeworfen. Eine Werbeaktion des Bundeskanzleramtes für weitere Pragmatisierungen sei „widersprüchlich: Was bei den Eisenbahnern als ‚Privileg‘ geißelt wird, dafür wird in anderen Bereichen großes Verständnis aufgebracht.“

Staatssekretär Alfred Finz hat dagegen klargestellt, dass der Bund den Vertragsbediensteten keine zusätzlichen Angebote zur Pragmatisierung mache. Sowohl die Zahl der öffentlichen Bediensteten generell als auch der Beamten im Speziellen würden reduziert – nur wo „Zielwerte“ bereits unterschritten seien, gebe es Pragmatisierungen. (APA)